



Niederschrift

10. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin: Donnerstag, 18.06.2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:34 Uhr
Ort, Raum: Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	Leitung der Sitzung
---------------------	--------------------------	---------------------

Ausschussmitglieder

Frau Tina Lange	DIE LINKE
Herr Leon Troche	SPD
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Herr Matthias Finken	CDU
Frau Dr. Anja Laabs	DIE aNDERE
Herr Sebastian Olbrich	AfD

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD
-----------------	-----

sachkundige Einwohner

Herr Maximilian Adams	CDU	
Frau Dr. Sophie Haebel	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:30 Uhr
Herr Dr. Matthias Kretschmer	Freie Demokraten	
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE	
Herr Klaus Rietz	BürgerBündnis	
Herr Norbert Wilke	DIE LINKE	

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Geschäftsbereich 4
-------------------	--------------------

Vertreter der Beiräte

- 3.2 Nachhaltige Bauweise beim Neubau öffentlicher Gebäude
Vorlage: 19/SVV/1147
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
Rücküberweisung in WA KIS mit der neuen Fassung vom 03.03.2020
und KUM
(Wiedervorlage)
- 3.3 Vorbereitung einer Lichtschutzsatzung
Vorlage: 19/SVV/1291
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
zurück überwiesen in SBWL, KUM + ÄA CDU vom 20.05.2020
- 3.4 Verbesserte ÖPNV-Anbindung des ländlichen Raums durch Mitbenutzung von
ÖPNV-Trassen
Vorlage: 20/SVV/0160
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
nur KUM
(Wiedervorlage)
- 3.5 Nahverkehrsplan 2019 für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0222
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
alle OBR, KUM
- 3.6 Anwohnerparken in der Siedlung am Schillerplatz
Vorlage: 20/SVV/0434
Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
- 3.7 Anwohnerparken in der Siedlung Stadtheide
Vorlage: 20/SVV/0435
Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
- 3.8 "Potsdam360" Das Rundum-Potsdam-Ticket
Vorlage: 20/SVV/0466
Einreicher: Fraktion CDU
KUM, KA
neue Fassung vom 26.05.2020
- 3.9 Abschluss vorbereitender Untersuchungen für das Gebiet "Glasmeisterstraße"
und Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 166 "Glasmeisterstraße"
Vorlage: 20/SVV/0474
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBWL, KUM
- 3.10 Satzung der Landeshauptstadt Potsdam über das besondere Vorkaufsrecht
nach § 25 des Baugesetzbuchs für Grundstücke im südöstlichen Teilbereich des
Bebauungsplans Nr. 166 "Glasmeisterstraße"
Vorlage: 20/SVV/0475
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBWL, KUM
- 3.11 Befestigung Uetzer Dorfstraße
Vorlage: 20/SVV/0528
Einreicher: Fraktion SPD
SBWL, KUM
- 3.12 Sitzungskalender 2021
Vorlage: 20/SVV/0524
Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

- 3.13 Bushaltestellen zu Oasen für Insekten machen
Vorlage: 20/SVV/0418
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges
- 5.1 Berichterstattung Prüfergebnis Mehr Gelb für Potsdam
(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/0698)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.2 Berichterstattung zur Begrünung mit Straßen- und Stadtbäumen zwischen
Lustgarten, Marstall und Landtag
(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/0747)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.3 Fragen an die Verwaltung (Stadtverordneter Finken)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.4 Berichterstattung zur Wiederherstellung der vollständigen Allee entlang der L92
zwischen Fahrland und Neufahrland
(Anfrage DS 20/SVV/0535)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Walter, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung um 18:09 Uhr.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.05.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 07.05.2020 gibt es keine Hinweise. Sie wird einstimmig bestätigt.

Der Vorsitzende bietet den Mitgliedern die Durchführung einer zusätzlichen Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität am 13.8.2020 an, in

der (unter dem Vorbehalt des Zurverfügungstehens eines geeigneten Raumes) die Themen öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) – AG Bürgerticket sowie die offenen Anträge zum Bürgerhaushalt behandelt werden sollen. Über die Durchführung wird im Zuge der Feststellung der Tagesordnung abgestimmt.

Zur Tagesordnung gibt es folgende Hinweise:

- Der Tagesordnungspunkt 3.5 Nahverkehrsplan 2019 für die Landeshauptstadt Potsdam wird in der außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität am 13.8.2020 behandelt. Bis dahin liegen auch alle Voten der Ortsbeiräte vor.
- Unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges melden Herr Finken sowie Frau Dr. Laabs Redebeiträge an

Der so geänderten Tagesordnung inklusive der Durchführung einer außerordentlichen Sitzung des KUM-Ausschusses am 13.8.2020 wird einstimmig zugestimmt.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den Kinderbauernhof am bisherigen Standort in Groß Glienicke** **Vorlage: 19/SVV/0994**

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

(Wiedervorlage)

Der Vorsitzende erinnert an die Debatte aus der letzten Sitzung, in der der Antrag zurückgestellt worden ist.

In der Zwischenzeit liegt eine Neufassung des Antrags (vom 9.6.2020) vor, deren Einbringer die Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen sind.

Herr Schmäh (Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalspflege, Umwelt und Natur) verweist auf die Diskussion aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität und steht für Fragen zur Verfügung.

Herr Olbrich erkundigt sich nach dem aktuellen rechtlichen Sachstand nach erfolgtem Gerichtsurteil, insbesondere ob ein Abriss droht.

Herr Schmäh erklärt, dass es sich um eine Nutzungsuntersagung handelt und Herr Rubelt ergänzt, dass man zur Klärung der Nutzung nochmals in Kontakt mit dem Betreiber treten wird.

Der Vorsitzende stellt den Antrag in der geänderten neuen Fassung (wie sie vom SBWL empfohlen wurde) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung eine Beschlussvorlage zu unterbreiten, die die Einbeziehung der auf der östlichen Straßenseite der L 20 gelegenen Flurstücke 111, 115 und 116 der Flur 1, Gemarkung Groß Glienicke in den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 19 „Ehemaliger Schießplatz“ (OT Groß Glienicke) zum Gegenstand hat.

Als Planungsziel für diese Flächen sollen die Nutzungen festgelegt werden, die nach Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Königswald mit Havelseen und Seeburger Agrarlandschaft“ zulässig sind.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 3.2 Nachhaltige Bauweise beim Neubau öffentlicher Gebäude
Vorlage: 19/SVV/1147**

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Rücküberweisung in WA KIS mit der neuen Fassung vom 03.03.2020 und KUM

(Wiedervorlage)

Der Vorsitzende weist auf die neue Fassung vom 3.3.2020 hin, die im Werksausschuss des Kommunalen Immobilien Service (WA KIS) am 29.5.2020 unter Streichung des zweiten Absatzes geändert beschlossen wurde.

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) geht auf das Votum des WA KIS ein, in dem der Antrag umfangreich diskutiert worden ist. In der morgigen Sitzung wird der WA KIS in diesem Zusammenhang über die Einführung eines Projekt-Steckbriefes beraten, der für jedes Projekt online einsehbar sein soll.

Frau Dr. Laabs ist dieses Vorgehen nicht transparent genug. Sie wünscht sich hier mehr als die Veröffentlichung eines Steckbriefes auf der Homepage.

Der Vorsitzende stellt den Antrag in der geänderten neuen Fassung (wie sie vom WA KIS am 29.5.2020 empfohlen wurde) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Neuerrichtung von Bauten der sozialen Infrastruktur, insbesondere von Schulen, Sporthallen und Kindertagesstätten, zur CO2-Einsparung bei der Errichtung öffentlicher Gebäude der sozialen Infrastruktur die Anwendung der Holzbauweise bei den Trag-, Innen- und Außenwandkonstruktionen zu prüfen.

~~Sollte nicht von der Holzbauweise Gebrauch gemacht werden, ist dieses der Stadtverordnetenversammlung im Zuge der Erarbeitung der vorhabenbezogenen Aufgabenstellung zur Objektplanung zu begründen. Dabei soll auch dargelegt werden, wie die gegenüber der Holzbauweise zu erwartenden höheren CO2-Emissionen von Baustoffen der Trag-, Innen- und Außenwandkonstruktionen kompensiert werden können.)~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.3 Vorbereitung einer Lichtsatzung

Vorlage: 19/SVV/1291

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

zurück überwiesen in SBWL, KUM + ÄA CDU vom 20.05.2020

Herr Finken erläutert seinen Änderungsantrag vom 20.5.2020 und ändert die Begrifflichkeit von Richtlinie in Leitlinie.

Herr Berlin bittet um Erläuterung des Unterschiedes zwischen einer Richtlinie und einer Leitlinie.

Herr Heuer bezieht sich auf den Änderungsantrag von Herrn Finken und weist darauf hin, dass eine begriffliche Anpassung des Titels nicht ausreicht. Die Anpassung ist auch im Antragstext vorzunehmen.

Herr Finken übernimmt diesen Hinweis.

Frau Dr. Laabs merkt an, dass eine Leitlinie juristisch nicht verbindlich ist, sie geht ihr an dieser Stelle nicht weit genug. Sie spricht sich für die Erstellung einer Satzung aus.

Herr Schmäh (Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur) führt aus, dass sich eine Satzung an Private richtet, welches kontrolliert und ggf. entsprechend geahndet werden muss.

Eine Leitlinie wirkt nach innen, also auf die Verwaltung selbst und definiert eine Verbindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam (LHP). Dies hält er an dieser Stelle für zielführender, da die LHP der maßgeblich Handelnde in diesem Zusammenhang ist.

Er kündigt die Erstellung eines Flyers an, durch den Privathaushalte umfangreich über das Thema Beleuchtung informiert werden sollen.

Herr Walter weist darauf hin, dass der Erstellungstermin aus dem Ursprungsantrag noch anzupassen ist. Er wird auf Januar 2021 festgelegt.

Abstimmungsergebnis: 8:0:1

Der Vorsitzende stellt den geänderten Änderungsantrag des Stadtverordneten Finken zur Abstimmung.

Änderung im Betreff **sowie im Text:**

~~Betreff: Vorbereitung einer Lichtschutzsatzung~~ **Lichtschutzrichtlinie**

Abstimmungsergebnis: 8:0:1

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Anpassung Titel: Vorbereitung einer Lichtschutzsatzung**leitlinie**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stadtverordneten spätestens in der März**Januar**-Sitzung 202**0**1 den Entwurf einer Lichtschutzsatzung**leitlinie** zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Mit dem Erlass einer solchen ~~Satzung~~**Leitlinie** soll die Lichtverschmutzung im Stadtgebiet deutlich reduziert werden, um einerseits die Arbeit der Sternwarte zu erleichtern und darüber hinaus um Insekten und Vögel vor unnötigen Lichtquellen zu schützen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3.4 Verbesserte ÖPNV-Anbindung des ländlichen Raums durch Mitbenutzung

von ÖPNV-Trassen

Vorlage: 20/SVV/0160

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
nur KUM

(Wiedervorlage)

Der Vorsitzende erinnert an die Debatte aus der vergangenen Sitzung, in der der Antrag zurückgestellt wurde. In der Zwischenzeit hat die Verwaltung einen Vorschlag eines genänderten Antragstextes vorgelegt, in dem die Bedenken und Anregungen aus der letzten Sitzung eingeflossen sind.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) stellt den Vorschlag der Verwaltung vor:

Die Landeshauptstadt Potsdam als Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr wird beauftragt, **gemeinsam mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark Möglichkeiten für die Benutzung der Potsdamer ÖPNV-Trassen durch die Überland-Regionalbuslinie 580** zwischen Potsdam Hauptbahnhof und Bad Belzig Betriebshof zu erarbeiten. ~~die Benutzung der Potsdamer ÖPNV-Trassen zu genehmigen, Nach dem Test ist über eine Verstetigung der Trassenmitbenutzung zu entscheiden.~~

Herr Berlin sowie Herr Twerdy danken der Verwaltung für diesen Vorschlag und übernehmen ihn für die Antragsteller.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam als Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr wird beauftragt, **gemeinsam mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark Möglichkeiten für die Benutzung der Potsdamer ÖPNV-Trassen durch die Überland-Regionalbuslinie 580** zwischen Potsdam Hauptbahnhof und Bad Belzig Betriebshof zu erarbeiten. ~~die Benutzung der Potsdamer ÖPNV-Trassen zu genehmigen, Nach dem Test ist über eine Verstetigung der Trassenmitbenutzung zu entscheiden.~~

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 3.5 Nahverkehrsplan 2019 für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 20/SVV/0222

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
alle OBR, KUM

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und in der außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität am 13.8.2020

behandelt. (siehe Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 3.6 Anwohnerparken in der Siedlung am Schillerplatz

Vorlage: 20/SVV/0434

Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

Herr Heuer bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) teilt für die Verwaltung mit, die Prüfung vorzunehmen. Er bittet jedoch um Anpassung der Fristsetzung zur Berichterstattung, die im Dezember 2020 im hiesigen Ausschuss vorgenommen werden soll.

Herr Heuer übernimmt die geänderte Fristsetzung zur Vorstellung des Ergebnisses wie von Herrn Schenke vorgeschlagen.

Frau Dr. Laabs bittet im Zuge dieser Prüfung den Parkdruck in den benachbarten Regionen mit zu prüfen. Sie befürchtet durch die Einrichtung von Anwohnerparken eine Verschiebung des Parkdrucks in die angrenzenden Gebiete.

Herr Schenke teilt mit, dass eine Prüfung, wie von Frau Dr. Laabs gewünscht, kaum durchzuführen ist. Auswirkungen können erst nach der Einrichtung begutachtet werden. Sollte sich die Notwendigkeit hierfür zeigen, wird eine weitere Prüfung vorgenommen.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie die Einführung eines Anwohner*innenparkens in der Siedlung am Schillerplatz ermöglicht werden kann. Dabei ist auch darzulegen, welche Voraussetzungen ggf. dafür geschaffen werden müssen.

Über das Ergebnis ist ~~der Stadtverordnetenversammlung~~ **dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** im ~~September~~ **Dezember 2020** zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3.7 Anwohnerparken in der Siedlung Stadtheide

Vorlage: 20/SVV/0435

Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

Herr Heuer bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) teilt für die Verwaltung mit, die Prüfung vorzunehmen. Er bittet jedoch um Anpassung der Fristsetzung zur Berichterstattung, die im Dezember 2020 im hiesigen Ausschuss vorgenommen werden soll.

Herr Heuer übernimmt die Änderung der Frist zur Vorstellung des Ergebnisses wie von Herrn Schenke vorgeschlagen.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie die Einführung eines Anwohner*innenparkens in der Siedlung Stadtheide ermöglicht werden kann. In der Betrachtung sind auch die Wohnblöcke der Zeppelinstraße 84 bis 107 einzubeziehen. Dabei ist auch darzulegen, welche Voraussetzungen ggf. dafür geschaffen werden müssen.

Über das Ergebnis ist ~~der Stadtverordnetenversammlung~~ **dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** im ~~September~~ **Dezember 2020** zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3.8 "Potsdam360" Das Rundum-Potsdam-Ticket

Vorlage: 20/SVV/0466

Einreicher: Fraktion CDU

KUM, KA

neue Fassung vom 26.05.2020

Herr Finken bringt den Antrag in Form der neuen Fassung vom 26.5.2020 ein und erläutert ihn.

Frau Dr. Laabs kritisiert die Fülle von Anträgen, in denen jeweils einer bestimmten Gruppe Vorteile zukommen sollen. Sie plädiert für eine globale Lösung, von der alle profitieren. Dazu ist ein allgemein gültiger Antrag zu formulieren und durch die AG Bürgerticket zu prüfen.

Herr Berlin schließt sich den Ausführungen von Frau Dr. Laabs an.

Frau Lange stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag auf die außerordentliche Sitzung des KUM-Ausschusses am 13.8.2020 zu vertagen, um ihn dort zusammen mit den anderen Anträgen zum ÖPNV zu behandeln, da die AG Bürgerticket vor dem 13.8. nicht mehr tagt.

Für den Geschäftsordnungsantrag spricht Herr Heuer.

Dagegen spricht Herr Finken. Er erläutert nochmals, dass der Schwerpunkt des Antrags auf dem kulturellen Aspekt liegt. Das Thema ÖPNV sei hier lediglich ein Nebenaspekt. Er bittet daher diese beiden Punkte voneinander getrennt und heute abzustimmen.

Der Vorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zurückzustellen und in der außerordentlichen Sitzungen des KUM-Ausschusses am 13.8. zu behandeln zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 7:1:1 angenommen.

**zu 3.9 Abschluss vorbereitender Untersuchungen für das Gebiet
"Glasmeisterstraße" und Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 166
"Glasmeisterstraße"**

Vorlage: 20/SVV/0474

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBWL, KUM

Die Einbringung und Diskussion zu den Tagesordnungspunkten (TOPen) 3.9 und 3.10 erfolgen gemeinsam unter diesem TOP.

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlagen 20/SVV/0474 und 20/SVV/0475 anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll anliegt, ein.

Herr Berlin erkundigt sich zum einen nach den Altlasten auf diesem Areal und möchte zum anderen wissen, ob bei der Schule auch Sportfläche geplant ist.

Frau Holtkamp bestätigt, dass das Areal großflächig belastet ist. Die Möglichkeit der Nutzbarmachung sei zwischenzeitlich durch eine Initiative der Oberlinhaus Grundstücks AG gegeben.

Frau Holtkamp bejaht die Frage nach der Sportfläche.

Herr Wilke weist zunächst auf eine unzureichende Infrastruktur an diesem Standort hin.

Er fragt weiter nach schützenswertem Altbaumbestand sowie bestehenden Wohnhäusern. Er möchte wissen, was mit den derzeitigen Nutzern passieren wird.

Frau Dr. Laabs weist ebenfalls auf den Baumbestand hin und merkt an, dass auch ein Fledermausbestand zu prüfen ist. Umweltbezogene Aspekte hätte sie gern schon zum jetzigen Stand der Planung geprüft vorliegen, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

Im Zusammenhang mit der Oberlinhaus Grundstücks AG äußert sie Bedenken.

Frau Holtkamp informiert, dass die von Herrn Wilke aufgeworfenen Fragen im weiteren Planungsprozess zu untersuchen sind, genauso wie umweltbezogene Themen entsprechend des Verfahrens geprüft werden. Man habe sich jedoch bereits jetzt auf eine maßvolle Verdichtung festgelegt.

Herr Wilke möchte wissen, ob sich der Bebauungsplan mit dem Flächennutzungsplan deckt.

Frau Holtkamp bejaht dies, der Bebauungsplan ist aus dem Flächennutzungsplan entwickelbar.

Herr Walter bezieht sich nochmals auf die extreme Bodenbelastung an diesem Standort und möchte unter anderem wissen, ob und wie der Bodenaustausch geplant ist.

Frau Holtkamp informiert, hierzu mit der Unteren Bodenschutzbehörde in Kontakt zu stehen. Aus dieser Abstimmung erfolgt dann die Entscheidung, wie die Fläche zu bereinigen ist.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB (Beschluss 10/SVV/0755 vom 03.11.2010) des Gebietes Glasmeisterstraße werden abgeschlossen. Es bestehen keine Erfordernisse zur Anwendung des besonderen Städtebaurechtes für die Durchführung einer Sanierungs- oder Entwicklungsmaßnahme. Die städtebauliche Entwicklung des Gebiets kann durch ein Bebauungsplanverfahren sowie einen städtebaulichen Vertrag mit den mitwirkungsbereiten Eigentümern gesichert werden (siehe Anlage 1).
2. Der Bebauungsplan Nr. 166 "Glasmeisterstraße" ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 1 und 2).
3. Anhand der Planungsziele wird entschieden, dass das Verfahren teilweise im wirtschaftlichen Interesse Dritter liegt (siehe Anlage 4). Die Einleitung des Verfahrens zum Bebauungsplan setzt daher voraus, dass anteilig externe Kosten von der Vorhabenträgerin übernommen werden.

4. Die Erarbeitung werterhöhungsrelevanter Planungsschritte zum Bebauungsplanverfahren soll erst aufgenommen werden, wenn die gemäß Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam (Potsdamer Baulandmodell) (DS 20/SVV/0081) erforderlichen Zustimmungserklärungen der Grundstückseigentümer vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

zu 3.10 Satzung der Landeshauptstadt Potsdam über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 des Baugesetzbuchs für Grundstücke im südöstlichen Teilbereich des Bebauungsplans Nr. 166 "Glasmeisterstraße"

Vorlage: 20/SVV/0475

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBWL, KUM

Einbringung und Diskussion siehe Tagesordnungspunkt 3.9

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Satzung der Landeshauptstadt Potsdam über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Baugesetzbuchs für Grundstücke im südöstlichen Teilbereich des Bebauungsplans Nr. 166 "Glasmeisterstraße" (gemäß Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.11 Befestigung Uetzer Dorfstraße

Vorlage: 20/SVV/0528

Einreicher: Fraktion SPD
SBWL, KUM

Herr Troche bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) teilt mit, dass eine

dauerhafte Befestigung kurzfristig nicht in Planung ist, da hier ein Ausbau und Verbreiterung des Westlichen Berliner Ringes (BAB A10) in diesem Bereich beabsichtigt ist. Ein konkreter Baubeginn zum Autobahnausbau ist nicht bekannt. Im Radverkehrskonzept ist der Wegeausbau in der Priorität 2 vorgesehen. Die Verwaltung wird den Weg fahrradtauglich bis Dezember 2020 zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und Gefahrenabwehr instand setzen.

Herr Troche erklärt den Antrag unter der Zusage von Herrn Schenke als durch Verwaltungshandeln erledigt.

Der Vorsitzende stellt zur Abstimmung, den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Abstimmungsergebnis: mit 8:0:1 **angenommen.**

zu 3.12 **Sitzungskalender 2021**

Vorlage: 20/SVV/0524

Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Hinweise zu den angebotenen Terminen gibt es nicht.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2021 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 3.13 **Bushaltestellen zu Oasen für Insekten machen**

Vorlage: 20/SVV/0418

Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung (Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0418 zur Kenntnis.

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

(siehe unter Tagesordnungspunkt 5)

zu 5 **Sonstiges**

Themen aus der AG Bürgerticket zurück in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

Herr Finken verweist auf die Vielzahl von Anträgen, die zur Behandlung in die AG Bürgerticket überwiesen worden sind. Da der hiesige Ausschuss seit der neuen Wahlperiode auch für Mobilitätsthemen zuständig ist, plädiert er dafür, die Anträge aus der AG zurück in den Ausschuss zu holen.

Frau Lange informiert, dass die AG Bürgerticket heute getagt und über die betreffenden Anträge beraten hat. Mit dem Beschluss der zusätzlichen Sitzung des KUM-Ausschusses am 13.8. werden diese Anträge dann auch wieder zur abschließenden Behandlung ins zuständige Gremium geholt.

Meldungen von Umweltverstößen an das Ordnungsamt

Frau Dr. Laabs erkundigt sich nach dem Umgang mit Meldungen an das Ordnungsamt, die Umweltverstöße betreffen. In diesem Zusammenhang gab es mehrfach Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, die auf eine solche Meldung lediglich die Rückmeldung erhielten, dass das Ordnungsamt nicht zuständig sei. Deswegen möchte sie wissen, wie innerhalb der Verwaltung mit solchen Meldungen umgegangen wird, d. h. wie sich der Weg der Meldung innerhalb der Verwaltung gestaltet und welches die richtige Anlaufstelle für Meldungen von Umweltverstößen ist.

Herr Rubelt nimmt die Frage zur Klärung durch die betreffende Stelle mit. Er empfiehlt für Meldungen dieser Art den Maerker, mit dem man bisher gute Erfahrungen gemacht hat.

Wiedereröffnung der Biosphäre

Frau Lange erkundigt sich nach dem Sachstand und bittet um Information an den KUM-Ausschuss, sobald hier neue Erkenntnisse vorliegen.

Herr Rubelt teilt mit, dass die Machbarkeitsstudie in Arbeit ist und zu gegebener Zeit der hiesige Ausschuss informiert wird.

Temporärer Parkplatz Luisenplatz

Frau Haebel erkundigt sich, warum der Luisenplatz temporär als Parkplatz genutzt wurde.

Herr Rubelt erklärt, dass es sich hierbei um eine Sondernutzung für das Klinikpersonal des St. Josefs-Krankenhauses während der akuten Corona-Zeit gehandelt hat, als Unterstützung für die Beschäftigten, die in einer solchen Zeit besonderen Belastungen ausgesetzt sind.

Frau Haebel kritisiert, dass dabei nicht an die Fahrradfahrer gedacht wurde.

Naturschutzbeirat im KUM-Ausschuss

Herr Walter erinnert an die kürzliche Neubesetzung des Naturschutzbeirates und regt an, dass der Beirat sich und seine Arbeit bei Gelegenheit im hiesigen Ausschuss noch einmal vorstellt.

zu 5.1 **Berichterstattung Prüfergebnis Mehr Gelb für Potsdam**
(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/0698)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(siehe Anlage)

zu 5.2 **Berichterstattung zur Begrünung mit Straßen- und Stadtbäumen zwischen**
Lustgarten, Marstall und Landtag
(gem. Beschluss zur DS 19/SVV/0747)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(siehe Anlage)

Herrn Berlin gehen die Ausführungen in der Berichterstattung der Verwaltung nicht weit genug. Er wünscht sich eine intensivere Beschäftigung mit den Möglichkeiten der Bepflanzung an diesem Standort, der prädestiniert für eine entsprechende Gestaltung sei.

Auch Herr Wilke weist darauf hin, dass es auf dieser Fläche noch sehr viel Gestaltungsspielraum gibt.

Herr Rubelt verweist auf die hierzu im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes (SBWL) ausführlich geführte Diskussion und teilt mit, die dort geäußerten Anmerkungen und Hinweise aufgenommen zu haben, um sie in weitergehende Prüfungen einzubeziehen. Die Berichterstattung im SBWL wurde als Zwischenbericht gewertet und die Verwaltung beauftragt, weitere Überlegungen zur Begrünung des Bereiches zwischen Lustgarten, Marstall und Landtag anzustellen.

Herr Berlin ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

zu 5.3 Fragen an die Verwaltung (Stadtverordneter Finken)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(siehe Anlage)

zu 5.4 Berichterstattung zur Wiederherstellung der vollständigen Allee entlang der L92 zwischen Fahrland und Neufahrland (Anfrage DS 20/SVV/0535)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(siehe Anlage)